TELEPOLIS

Das Kreuz mit dem Pluralismus

Wolfgang J. Koschnick *24.02.2014*

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 13

Zentrales Thema aller bisherigen Folgen unserer demokratiekritischen Artikelreihe war der Prozess der politischen Willensbildung in den entwickelten repräsentativen Demokratien. Es zeigte sich, dass diese Demokratien ihrem eigenen Anspruch nicht gerecht werden. Es geht in ihnen nicht mehr demokratisch zu. Tatsächlich sind sie hierarchische und oligarchische Systeme, in denen demokratisch nicht mehr legitimierte Machteliten ihre undemokratische Herrschaft von oben nach unten ausüben. Die weiteren Folgen rücken nun den wahren Machthabern etwas näher auf den Pelz und untersuchen die Macht der Wirtschaftsverbände und -unternehmen sowie die Macht ihrer organisierten Interessen. Dazu ist zunächst ein rudimentäres Verständnis des Pluralismus und der Pluralismustheorien erforderlich.

Teil 12: Parlamente als Abnickvereine[1]

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelten sich neue Vorstellungen darüber, wie Demokratie funktioniert: die Pluralismustheorien. Sie sind wichtig, damit man besser die Rolle versteht, die Interessenvertreter - die Lobbyisten - in der modernen Gesellschaft spielen.



Einfach gesagt, geht die klassische Demokratietheorie davon aus, das Gemeinwohl sei jeder Gesellschaft *vorgegeben*. Wenn Politiker sich ihm verpflichtet fühlen, müssen sie also nur erkennen, was genau und im Detail das Gemeinwohl ist und ihm dann nach Kräften dienen. Eine einfache Sache…

Doch bei Licht betrachtet, ist das eine ebenso ideologische Position wie der "einzig wahre Glaube" in der Religion. Wenn von vornherein feststeht, was das Gemeinwohl ist, dann ist jeder, der eine andere Vorstellung davon hat, der Feind, muss mit Feuer und Schwert bekämpft und in letzter Konsequenz vernichtet werden; denn dann kann immer nur einer Recht haben - eben derjenige, der genau weiß, was das Gemeinwohl ist. Und alle, die das nicht wissen oder andere Vorstellungen darüber haben, sind Feinde des Volkes und gehören weggesperrt oder gar erschossen. So haben das die Ideologien des 20. Jahrhunderts ja auch praktiziert.

Die schöne Theorie des Pluralismus

Für die Verfechter des Pluralismus ist deshalb die These zentral, dass in einer Demokratie *nicht* im Vorhinein feststeht, was das Gemeinwohl ist. Es geht erst *im Nachhinein aus dem geregelten Kräftespiel der verschiedenen Interessengruppen* hervor. Gemeinwohl ist danach also das, was aus dem Wechselspiel gesellschaftlicher Kräfte entsteht.

Das übrigens birgt erst recht die Gefahr der ideologischen Vereinfachung; könnte man es doch so interpretieren, dass *alles*, was beim Wettkampf divergierender Interessen herauskommt - also auch der nackte Eigennutz einer starken Gruppe, die sich gegen eine schwächere durchsetzt -, nur auf Grund seines Entstehungsprozesses zum Gemeinwohl deklariert wird.

Alle Demokratien unserer Zeit basieren auf dem Pluralismus. Sie sind pluralistisch strukturiert, sie sind *Systeme der Vielfalt und Konkurrenz von Gruppeninteressen*. Die Auflösung ökonomischer und sozialer Zwänge und eine wachsende Autonomie des Individuums in vielen Lebensbereichen führen zu einer großen Vielfalt der individuellen Optionen und der Lebensstile. Vieles von dem, was den Leuten als demokratisch gilt, hat in Wahrheit wenig mit Demokratie, wohl aber mit Pluralismus zu tun.

Alle Pluralismustheorien stießen zunächst auf große Begeisterung, proklamierten sie doch eine Welt der Vielfalt von Lebensformen, des wechselseitigen Miteinanders und Respekts auch divergierender Interessen sowie der Toleranz und Akzeptanz unterschiedlicher Lebenswelten. Eine neue Ära friedvoller Koexistenz ohne gewalttätige Konflikte schien ausgebrochen zu sein.

Doch die Grundfrage in der Auseinandersetzung mit dem Pluralismus ist das *Verhältnis von Partikularinteressen und dem Gesamtinteresse*. Das Gemeinwohl als staatliches Prinzip der Einheit hat einen höheren Rang als das Gruppeninteresse, das gesellschaftliche Prinzip der Vielfalt. Der amerikanisch-deutsche Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel (1898-1975) - einer der Pioniere aller Pluralismustheorien - unterscheidet zwischen einem *Gemeinwohl a priori*, das für totalitäre Systeme typisch ist, und einem *Gemeinwohl a posteriori*, das die pluralistische Demokratietheorie kennzeichnet:

"Eine jede totalitäre Diktatur geht von der Hypothese eines eindeutig bestimmbaren, vorgegebenen Gemeinwohls aus. Von ihm wird unterstellt, es sei ausreichend detailliert, um von der Einheitspartei als politisches Aktionsprogramm verwertet werden zu können. Der Pluralismus beruht auf der Hypothese, dass in einer differenzierten Gesellschaft im Bereich der Politik das Gemeinwohl lediglich a posteriori als das Ergebnis eines delikaten Prozesses der divergierenden Ideen und Interessen der Gruppen und Parteien erreicht wird."

Fraenkel, Ernst (1974): Deutschland und die westlichen Demokratien[1]

Deshalb ist die politische Vertretung von Partikularinteressen - auch in der organisierten Form von Interessengruppen und Verbänden - notwendig für die Ermittlung des Gemeinwohls in einer modernen, hoch differenzierten Gesellschaft.

Indes "wäre es falsch, … den Staatswillen schlechthin mit den Resultaten dieses kollektiven Tauziehens identifizieren zu wollen"[2].

> So unentbehrlich es für die westlichen Demokratien ist, den in den Interessenorganisationen in Erscheinung tretenden differenzierten kollektiven Interessen freien Spielraum zu gewähren, so unerlässlich ist es zu betonen, dass die Ergebnisse dieser Auseinandersetzungen nur dann als verbindlich anerkannt werden können, wenn die Auseinandersetzung unter Einhaltung der Regeln eines *fair-play* geführt werden und die Ergebnisse der Auseinandersetzungen sich im Rahmen der Mindesterfordernisse der sozialen Gerechtigkeit bewegen.[3]

Der Ausgleich zwischen den divergierenden Gruppeninteressen in einer pluralistischen Demokratie soll im Rahmen allgemein anerkannter moralischer und rechtlicher Normen und Werte stattfinden. Der Konflikt in konkreten Einzelfragen soll vor dem Hintergrund eines Konsenses über "allgemeine Rechts- und Sozialprinzipien"[4] ausgetragen werden, die den Interessengruppen "die Grenzen ihrer Betätigungsmöglichkeiten"[5] aufzeigen.

Wenn die politisch handelnden Gruppen Politik als Weltanschauungskampf betreiben und den politischen Gegner als Feind betrachten und bekämpfen, ist der pluralistischen politischen Ordnung jede Grundlage entzogen.

In der Gesellschaft herrschen asymmetrische Interessen

Die Rolle des Staates in einer pluralistischen Gesellschaft besteht im Wesentlichen darin, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass dieser Ausgleich stattfinden kann und die Spielregeln eingehalten werden.

Grundlage des Pluralismus ist die Idee des friedlichen Miteinanders verschiedener Systeme, Interessen, Ansichten und Lebensstile, die in unterschiedlicher Weise zueinander in Beziehungen stehen und deren individuelle Verwirklichung, Vertretung und Artikulation legitim und erwünscht ist.

Was nicht auf der allgemeinen politischen Ebene geregelt werden muss, bleibt gesellschaftlichen Organisationen und Verbänden überlassen. Das wichtigste Element des Pluralismus ist die Freiheit jedes Einzelnen und die Möglichkeit, Interessen und Auffassungen gemeinsam zu vertreten.

So verband sich also mit dem Pluralismus die frohgemute Hoffnung, im Miteinander divergierender Interessen, die von verschiedenen Organisationen vertreten werden, werde sich eine Balance einstellen und aus der Pluralität divergierender Interessen werde das im Markt des Ausgleichs gereinigte Gemeinwohl emporsteigen.

Doch man hätte gewarnt sein müssen wie bei all diesen schönen Theorien, in denen aus dem schmuddeligen Chaos des unordentlichen Durcheinanders auf wundersame Weise eine weichgespülte Welt höherer Ordnung emporsteigt. Das ist einfach ein viel zu harmonisches Idyll, um ideologiefrei und vor allem wahr zu sein.

Das Bild der sich auch politisch selbst organisierenden Gesellschaft erwies sich als ein Trugbild, weil in pluralistischen Demokratien asymmetrische Interessen herrschen. Die Kräfte und Interessen in einer Gesellschaft sind unterschiedlich stark und können sich daher auch unterschiedlich machtvoll durchsetzen.

Manche werden im Wettkampf widerstreitender Interessen regelrecht untergebuttert und manche wiederum errichten ungehindert ihre (Schreckens-)Herrschaft: Finanzkapitalisten, Banken, Großkonzerne und ihre Verbände haben - das lehrt die tägliche Politikpraxis - eine uneinnehmbar starke Position. Sparer, Steuerzahler, Krankenkassenmitglieder, Rentner, alleinerziehende Mütter, Arme und viele andere mehr haben eine sehr schwache Position.

Man kann das auch sehr viel populistischer und dennoch nicht minder korrekt ausdrücken: Einige wenige verfügen über große Macht, die breite Masse des Volks tut das nicht. Sie wird in diesen Demokratien an den Rand der Gesellschaft gedrängt, deren Souverän sie doch angeblich ist.

Der "Markt des Ausgleichs" verhärtet die Machtstrukturen

Die naive Pluralismustheorie nahm an, dass jeder, der ein Interesse an einem Gemeinschaftsgut hat, auch bereit ist, einen Teil der Bereitstellungskosten zu übernehmen. Das setzt eine symmetrische Interessenorganisation voraus: Jedes Interesse muss sich gleich gut organisieren lassen. Tut es aber nicht.

Das ist geradezu beängstigend naiv und weltfremd: Die Interessen von Verbrauchern, Frauen oder Arbeitslosen sind nicht annähernd so gut organisiert wie etwa die von Kapitaleigentümern, Unternehmern, Managern, Ärzten oder Rechtsanwälten. Die reale Asymmetrie der Kräfte zerstört das schöne Bild vom "Markt des Ausgleichs". Auf dem Markt der Interessen wirken höchst unterschiedliche Kräfte.

Die Logik kollektiven Handelns

Ein Wissenschaftler, der sich intensiv mit dem Pluralismus beschäftigte, war der Amerikaner Mancur Olson (1932-1998). In seinen 1965 und 1982 erschienenen Büchern "The Logic of Collective Action: Public Goods and the Theory of Groups" (deutsch: Logik des kollektiven Handelns) und "Rise and Decline of Nations" (Aufstieg und Niedergang von Nationen) zeigte er die Schwachstellen des Pluralismus auf.

In seiner Kritik formulierte er **vier Gegenpositionen**, die ein helles Licht auf die Realität moderner pluralistischer Gesellschaften werfen:

(1) Alle Pluralismustheorien basieren auf dem falschen Axiom, dass individuelle und kollektive Interessen zwangsläufig übereinstimmen.[6] Das tun sie eher selten. Zwischen individuellen und kollektiven Interessen klaffen oft unüberbrückbare Gegensätze. Als Zweckverbände haben Gruppen das Ziel, für ihre Mitglieder Kollektivgüter bereitzustellen. Die klassische Demokratietheorie ging davon aus, dass alle Gruppen sich bemühen, den gesellschaftlichen Wohlstand zu mehren, weil alle davon profitieren.

Doch das funktioniert nicht, weil die einzelnen Mitglieder danach streben, ihren individuellen Nutzen bei gleichzeitiger Kostenminimierung zu maximieren. Für ein Individuum ist es rational, von dem Kollektivgut zu profitieren, ohne selbst etwas dafür zu leisten. Dieses "Paradox im Verhalten von Gruppen"[7] bezeichnet man als das *Trittbrettfahrer-Dilemma* ("free-rider problem"):

> Der Einzelne macht sich die Segnungen eines Kollektivguts zunutze, leistet aber seinerseits nichts für das gemeine Wohl.

Nach der Theorie des kollektiven Handelns haben kleine Gruppen mit Sonderinteressen einen Vorteil. Ihre Mitglieder erleben die Vorteile der Gruppenaktivitäten gewissermaßen am eigenen Leib, und das Ergebnis hängt unmittelbar von ihrem Beitrag ab. Der Kooperationsertrag bleibt auf die Mitglieder begrenzt, zum Beispiel wenn ein lokaler Verein ein Fest organisiert.

Die Kollektivgüter, die Großgruppen bereitstellen, kommen dagegen meist auch Nichtmitgliedern zugute; beispielsweise wenn eine Gewerkschaft einen Tarifvertrag abschließt, der dann auch für Nichtmitglieder gilt. Der Kooperationsbeitrag eines Einzelmitglieds fällt kaum ins Gewicht. Das sind inklusive Gruppen; sie basieren auf propagandistischen Motiven und sind auf Mitgliederwerbung angewiesen.

Monopolistische Vermachtung führt zum Niedergang der Demokratien

Für das Individuum ist es rational, von einem Kollektivgut zu profitieren, ohne selbst etwas dafür zu tun. In der Konsequenz führt das zur "Ausbeutung" allgemeiner Interessen durch partikulare Sonderinteressengruppen - zu *gesellschaftlichen Verteilungskoalitionen* auf Kosten unorganisierter oder nur schwer organisierbarer Bedürfnisse.

Die monopolistische Vermachtung von Gesellschaften führt zwangsläufig zu ökonomischen Fehlallokationen und institutionellen Verfestigungen und in letzter Konsequenz zum Niedergang von Demokratien.

Formale Organisation und soziale Regelsysteme bieten positive Handlungsanreize oder Sanktionsdrohungen, die Verhalten stabilisieren und opportunistisches "Trittbrettfahren" begrenzen. Gleichzeitig gilt aber das Kollektivgutproblem gerade auch für die Entstehung und Aufrechterhaltung politischer Ordnungen.

Es ist für Individuen nicht rational, sich freiwillig sozialen Regelsystemen zu unterwerfen, deren Einhaltung durch andere nicht garantiert ist. Und selbst unter den Bedingungen legitimer Herrschaft verlangt die kollektive Schutzfunktion sozialer Ordnungen vom Einzelnen eine Unterordnung unter Regeln, die zu umgehen jedoch oft individuellen Nutzenvorteil verspricht.

Den *Widerspruch zwischen individuellem und kollektivem Nutzen* kann man mit etwas weniger theoretischem Aufwand an einleuchtenden Beispielen aus dem Alltag erläutern: Wenn ein Chemieunternehmen seinen Giftmüll im Wald entsorgt, so nützt ihm das individuell ganz enorm (denn es minimiert seine Kosten), aber es fügt dem Gemeinwohl (kollektiver Nutzen) immensen Schaden zu.

Wenn Politik mit Milliardenaufwand Banken rettet, so stiftet das hohen individuellen Nutzen für diese Banken, aber fügt der Gesamtheit der Steuerzahler einen gewaltigen kollektiven Schaden zu. Wenn internationale Konzerne ihren Firmensitz in Länder verlegen, in denen sie minimale Steuern zahlen, so haben sie gewaltigen wirtschaftlichen Nutzen davon, richten aber immensen volkswirtschaftlichen Schaden an.

Nach Olson kann man kleine Gruppen nur schwer dazu bewegen, sich Gemeinwohl fördernd zu verhalten. Sie verhalten sich dezidiert Gemeinwohl schädigend, weil sie keinen Anreiz haben, zum Gemeinwohl beizutragen; denn

- A ihr Anteil am Sozialprodukt ist sehr gering und die Gruppengröße im Verhältnis zur Masse der anderen Gruppen verschwindend klein;
- B die Kosten, die durch Gemeinwohl förderndes Handeln entstehen, übersteigen schnell die dadurch zu erzielenden Gewinne; und
- C sie müssen die negativen Folgekosten ihres Handelns nicht in ihre Überlegungen einbeziehen, weil die Kosten weitaus geringer sind als die, die durch aktives, Gemeinwohl förderndes Verhalten entstehen.

Kleine Gruppen versuchen daher, das Sozialprodukt zu ihren Gunsten umzuverteilen. Das geschieht durch "rent-seeking". Als "rent" bezeichnet man denjenigen Teil des Ertrags einer ökonomischen Aktivität, der über ihren Opportunitätskosten liegt, also über den dadurch entgangenen Erlösen, dass vorhandene Möglichkeiten (Opportunitäten) zur Nutzung von Ressourcen nicht wahrgenommen werden.

In der politischen Praxis bedeutet das, dass die Organisationen durch Bildung von Kartellen, Verknappung von Produkten, künstliches Hochhalten von Preisen und aktives Lobbying beim Staat Vorteile zu erzielen versuchen. Offene Märkte sind für Olson die beste Grundlage für gesellschaftlichen Reichtum.

Kartelle, Marktabsprachen, Verteilungskoalitionen und Lobbyismus tragen den Keim einer gesamtgesellschaftlichen Verarmung in sich. Unzählige Verteilungskoalitionen und Heerscharen von Interessengruppen behindern die Wirtschaft einer Nation.

Laut Olson suchen die Menschen in einer realen Welt der Verteilungskoalitionen im Wettbewerb nach Sicherheit. Unternehmen treffen Marktabsprachen oder schotten Märkte ab, um hohe Preise zu erzielen, die zu Lasten der Verbraucher gehen. Ein Heer von Verbänden betreibt Lobbyarbeit, Gruppen mit Sonderinteressen setzen sich wirksam durch.

Die Folge: Die Menschen richten ihr Augenmerk verstärkt auf die *Verteilung* und nicht mehr auf die Produktion von Gütern. So entsteht eine Gesellschaft, die ihre Besitzstände zu wahren versucht und so einen stets wachsenden Teil ihres Wohlstands preisgibt.

Rent-seeking verursacht für die Gesellschaft enorme Kosten. Und diese Kosten tragen zur gesellschaftlichen Verschwendung bei, weil sie eben nicht zur Steigerung der Produktivität eingesetzt werden.

Da wirtschaftliches Wachstum durch wissenschaftlichen Fortschritt und technische Innovationen entsteht, führt das Verhalten von Verteilungskoalitionen zur Verringerung der Anpassungsfähigkeit einer Gesellschaft an neue Technologien, weil die Verteilungskoalitionen versuchen, Innovationen zu blockieren und den Status quo für ihre Mitglieder zu erhalten. Folglich stagniert die Wirtschaft, die Produktivität der Gesellschaft geht zurück und langfristig kommt es zu Rezession und Depression.

Entwickelte Demokratien sind fest in der Hand von Verteilungskoalitionen

(2) *Je älter und stabiler eine Demokratie ist, desto mehr verfällt sie.* Olson spricht von der "age-of-democracy hypothesis". Je länger eine Demokratie besteht, desto stärker verhärten sich ihre Strukturen. Bei der Gründung dauert es eine ganze Weile, bis sich wachstumshemmende Organisationen entwickeln und durchsetzen. Im Lauf der Zeit entstehen aber - begünstigt durch politisch stabile Rahmenbedingungen, die Planungssicherheit ermöglichen - immer mehr Interessengruppen, die selbst selektive Anreize bereitstellen müssen, um dem Trittbrettfahrer-Dilemma zu begegnen.

So wächst mit zunehmendem Alter der Demokratie eine nach Zahl und Gewicht größer werdende Gruppe von Verteilungskoalitionen heran, die ihre Sonderinteressen zum Schaden und auf Kosten der Gesamtheit durchsetzen. Bestehende Organisationen überleben wegen der vorhandenen selektiven Anreize sehr lange, auch wenn das Kollektivgut, zu dessen Bereitstellung sie gegründet wurden, gar nicht mehr benötigt wird.

Auch bei steigender Gruppenzahl in alten, stabilen Demokratien bleibt die Asymmetrie zu Gunsten kleiner Gruppen dauerhaft bestehen. Gesamtgesellschaftliche Interessen ("das Gemeinwohl") sind also auch in etablierten Demokratien den Partikularinteressen strukturell unterlegen. Mit anderen Worten:

> In einer entwickelten Demokratie ist das, was auf dem "Markt des Ausgleichs" widerstreitender Interessen entsteht, zunehmend das Gegenteil des Gemeinwohls.

Am Ende herrschen mehr und mehr und in kontinuierlich wachsendem Umfang die Partikularinteressen. Mechanismen, die am Anfang durchaus noch den Effekt hatten, dem Gemeinwohl nützlich zu sein, erreichen irgendwann einen Punkt, an dem die Richtung kippt und sie nur noch Sonderinteressen dienen. Das zeigt die Politik der Bundesrepublik im ersten Jahrhundert des 3. Jahrtausends. Das gemeine Wohl ist längst im sich ausbreitenden Sumpf der partikularen Interessen einzelner Gruppen versunken.

(3) Umfassende Organisationen: Die Besonderheit umfassender Organisationen, die einen großen Bevölkerungsteil oder zumindest einen wesentlichen Teil der Mitglieder eines Wirtschaftszweigs umfassen, liegt darin, dass für sie ein Anreiz besteht, zum gesellschaftlichen Wohlstand beizutragen. Denn sie müssen die negativen Folgekosten berücksichtigen, die durch ihr Gemeinwohl schädigendes Verhalten entstehen würden, weil ihre Mitglieder davon in hohem Maße betroffen wären. Folglich lassen sich solche umfassenden Organisationen von der Politik besser einbinden, um eine konsensuale Wirtschaftspolitik zu verwirklichen.

(4) Die Rolle des Staates: Die Beschaffung von Kollektivgütern für Gruppen mit Sonderinteressen ("lobbying") verschlingt einen immensen Teil des Volkseinkommens. Mit der Zeit wächst die Zahl der Verteilungsorganisationen und damit auch die staatliche Komplexität, da der Staat auf die Organisationen reagieren muss.

Dadurch wächst die Staatstätigkeit enorm an, und das politische System ist immer weniger in der Lage, politische Programme auch nur einigermaßen effizient umzusetzen. Es macht sich politische Lähmung breit.

In der Bevölkerung wächst das, was die Politiker gern als "Politikverdrossenheit" diffamieren. Immer stärker und immer öfter sprechen Beobachter von "Reformstau" oder gar von "Reformunfähigkeit". Aus guten Gründen; denn je dringender Reformen gebraucht würden, desto weniger ist "die Politik" überhaupt noch dazu in der Lage, grundlegende Reformen durchzusetzen.

Das Markenzeichen der herrschenden Politik ist die Stagnation an allen Fronten und das Herummurksen an symbolischen Image-Reförmchen, die alles beim Alten belassen, aber wegen ihres Symbolcharakters vielleicht ein wenig vorübergehende mediale Aufmerksamkeit erzielen. Die deutsche Politik der letzten zehn, zwanzig Jahre hat unablässig dieses jämmerliche Schauspiel geboten und alle dringend erforderlichen Reformen unterlassen.

Eine stets wachsende Zahl von Institutionen und Instanzen verhindert den Wandel. Vetospieler entscheiden über die Reformierbarkeit der Politik oder Reformstau. Das politische System belohnt Reformschritte nicht. Politiker wollten gewählt werden und richteten ihre Politik nach der zu erwartenden Zustimmung aus. Die Gewinne von Reformen liegen in der Zukunft und sind ungewiss. Die anfänglichen Verluste aus Reformen hingegen sind meist genau bezifferbar.

Als Folge steigen die Staatsausgaben, während die politische Effizienz ständig sinkt. Die im Lauf der Zeit steigende Zahl an Interessengruppen lähmt den Staat, den sie mit immer mehr Input konfrontiert, sodass der Staat nur noch damit beschäftigt ist, dieses Input der Interessengruppen zu bearbeiten, aber keine effektive Politik umsetzen kann.

Es besteht kein Zweifel, dass Olson sich in einigen Aspekten seiner kritischen Pluralismustheorie gründlich verrannt hat. Ganz sicher ist die Betonung des Gegensatzes zwischen großen und kleinen Gruppen nicht wirklich von Bedeutung, und Organisationsmerkmale wie Gruppengröße besagen nicht sonderlich viel über die Organisierbarkeit von Interessen.

Aber dennoch ist seine Kritik überaus verdienstvoll. Die Pluralismuskritiker haben den Finger in die klaffende Wunde moderner Demokratien gelegt und die *selbstzerstörerische Eigendynamik pluralistischer Gesellschaften* überhaupt erst bewusst gemacht.

Sie haben deutlich gemacht, dass pluralistische demokratische Systeme per se höchst instabil sind, weil die Tendenz zur Selbstzerstörung ihnen immanent ist und sich im Zeitverlauf anhaltend und nachhaltig verstärkt. Es ist ein anfangs schleichender Prozess, der stets an Geschwindigkeit gewinnt und am Ende in rasendem Tempo in den Untergang führt.

kosch.htm

Anhang

Fußnoten

1) Fraenkel, Ernst (1974): Deutschland und die westlichen Demokratien. 6. Auflage. Stuttgart 1974, S. 189, S. 200

2) Ebda., S. 45

3) Ebda., S. 45 ff.

4) Ebda., S. 46

5) Ebda., S. 46

6) Olson (1968), S. 15 ff.

7) Olson, (1991): S. 20

Links

[1] http://www.heise.de/tp/artikel/41/41005/

Artikel URL: http://www.heise.de/tp/artikel/41/41065/
Copyright © Telepolis, Heise Zeitschriften Verlag